

Stellungnahme des Kreisverbands Marburg-Biedenkopf von BÜNDNIS 90/Die GRÜNEN zum besonderen Armutsbericht des lokalen Bündnisses *umFAIRteilen* in Marburg

Wir GRÜNE bedanken uns für den Bericht der die wachsende Armut und Ungleichheit in diesem Land verdeutlicht.

Wir GRÜNE wollen gemeinsam eine gerechte Gesellschaft schaffen, in der niemand von Bildung und Arbeit und einem Leben in Würde ausgeschlossen ist. Unser Ziel der Teilhabe umfasst alle Menschen. Inklusiv Politik fragt nicht nach vermeintlichen Defiziten von Menschen, sondern will die Fähigkeiten der Einzelnen und ihre Teilhabe fördern und unterstützen. Das schaffen wir mit den Instrumenten einer soziokulturellen Mindestsicherung und guten öffentlichen Institutionen, aber auch durch eine allgemein verankerte Denkweise, die allen Menschen die Freiheit eröffnet, in unserer Demokratie so zu leben, wie sie sind. Wir kämpfen für einen ALG-II-Regelsatz von 420 Euro, um das soziokulturelle Existenzminimum für alle Menschen zu gewährleisten. Armut trotz Arbeit ist für uns inakzeptabel. Wir wollen daher einen flächendeckenden, gesetzlichen Mindestlohn von mindestens 8,50 Euro pro Stunde, gleichen Lohn für Leiharbeiterinnen und Leiharbeiter und eine Stärkung des Tarifvertragssystems.

Eines der wichtigsten Mittel für Teilhabe ist die Bildung. Um für alle gleiche Chancen und gute Bildung zu gewährleisten, wollen wir gute Ganztagschulen aufbauen, das BAföG erhöhen und eine Milliarde Euro mehr in die Hochschulen investieren. Gegen Altersarmut wollen wir eine Garantierente von mindestens 850 Euro einführen. Die Zwei-Klassen-Medizin schaffen wir mit einer Bürgerversicherung ab. Damit wollen wir auch bessere Pflege im Alter finanzieren. Wir wollen jedoch keine neuen Schulden aufnehmen, sondern schlagen eine befristete Vermögensabgabe auf Vermögen über eine Million Euro vor, die strikt zum Abbau der Schulden aus der Finanzkrise dient. Während wir geringe und mittlere Einkommen entlasten wollen, sollen hohe Einkommen einen etwas höheren Beitrag leisten.

Bezahlbares Wohnen wollen wir für alle ermöglichen. Auch in Marburg arbeiten wir stetig daran, z. B. durch mit den von der rot-grünen Koalition zusätzlich bereitgestellten 1,5 Millionen Euro. Es müssen jedoch alle Ebenen zusammenarbeiten – von der Bundespolitik bis zur Kommune. Der Bund soll die Länder und Kommunen besser beim sozialen Wohnungsbau und bei gezielten Ankäufen in innerstädtischen Lagen unterstützen. Einen Ausverkauf öffentlicher Wohnungsunternehmen wird es mit uns nicht geben. In Hessen werden wir die Landesmittel für die Wohnraumförderung dazu nutzen, um preis- und belegungsgebundene Wohnungsbestände zu erhalten und zu erweitern,

Um Armut auf lokaler Ebene entgegen zu wirken, ist es besonders wichtig, dass Menschen in Notlagen schnelle Hilfe erhalten, Familien mit Kindern Unterstützung finden und Menschen, die arbeitslos sind, wieder berufliche Perspektiven erhalten. Daher müssen wir auch in Zukunft dafür sorgen, dass der Landkreis bei der Umsetzung des Bildungs- und Teilhabepaketes und der Vermittlung langzeitarbeitsloser Menschen in Arbeit weiterhin seine Spitzenposition in Hessen fortsetzen kann und freie Träger und Jugendämter Familien mit Kindern wirkungsvoll helfen können. Zum Thema Armut zählt aus unserer Sicht nicht nur das Thema Einkommensarmut. Wenn Kinder vernachlässigt werden, Bildungschancen nicht wahrgenommen werden können und Menschen vereinsamen, sind das weitere Dimensionen von Armut in einem reichen Land, die wir nicht hinnehmen und akzeptieren wollen. Daher ist es uns als Partei wichtig, dass die Kommunen finanziell gut ausgestattet sind, um wirkungsvoll für gesellschaftliche Teilhabe auf lokaler Ebene sorgen zu können.

Für den Kreisvorstand

Angela Dorn

